

# SVP-Kandidat Hans-Ueli Vogt kämpft oft alleine gegen alle

Lebhaftes Ständerats-Podium am Mittwochabend im Foyer der NZZ

Die zwei frei werdenden Zürcher Ständeratssitze sind hart umkämpft: Das hat sich auch in der Podiumsdiskussion im Foyer der NZZ gezeigt. Besonders zu reden gaben Europa, die Asylpolitik, die Rentenreform und die Energiewende.

ANDREAS SCHÜRER

Zunächst schien es, als nehme alles seinen gewohnten Gang. Zuerst kamen in der Podiumsdiskussion Ruedi Noser (fdp.) und Martin Bäumle (glp.) zu Wort, die beiden also, die für ihre Parteien Sitze verteidigen müssen, weil Felix Gutzwiller (fdp.) und Verena Diener (glp.) nicht mehr antreten. Noser betonte, der Kanton Zürich brauche eine starke liberale Stimme in Bern. Die ungeteilte Standesstimme habe allerdings nicht mehr die Bedeutung wie vor 30 Jahren – die Übereinstimmungen und Differenzen seien wechselhafter geworden, einmal stimme er mit der SVP, dann mit der SP überein. Bäumle nutzte die Chance, sich die Rolle der Konstanz zuzuschreiben: Gutzwiller und Diener hätten gut harmoniert, er und Noser hätten zwar gewisse Differenzen, könnten aber gut in die Fussstapfen der beiden treten.

Die Differenzen zeigten sich beim Thema Energiewende. Noser bezeichnete die Energiestrategie 2050 als «Bürokratiemonster». Richtig sei, dass eine verbesserte Energieeffizienz angestrebt werde. Da die Entwicklung aber nicht auf 40 Jahre voraussehbar sei und viele heute noch nicht vorstellbare Innovationen möglich seien, müsse man auf aktuelle Themen fokussieren und dem Markt vertrauen. Bäumle konterte, der Markt sei ohnehin ausgehebelt, weil Kernenergie, Öl und Gas indirekt subventioniert würden – und deshalb auch erneuerbare Energien Krücken bräuchten. Dabei gelte es aufzupassen, dass nicht Verhältnisse wie in der Landwirtschaftspolitik entstünden.

## «In die EU will ich nicht»

Dann öffnete sich das Feld, und im Foyer der NZZ wurde sichtbar, dass die Doppelvakanz im Zürcher Ständeratswahlkampf zu einem Wettstreit der politischen Schwergewichte geführt hat. Die aussichtsreichsten Gegner von Noser und Bäumle sind Daniel Jositsch (sp.) und Hans-Ueli Vogt (svp.), der als Einziger im Kandidatenfeld nicht im Nationalrat, sondern im Kantonsrat sitzt, der aber Bekanntheit erlangt hat mit der Völkerrechts-Initiative, die er massgeblich prägte. Aussenseiter sind Barbara Schmid-Federer (cvp.), Bastien Girod (gp.) und Maja Ingold (evp.). Befragt wurden die Kandidierenden von Luzi Bernet, Stellvertretendem Chefredaktor der NZZ und Leiter des Ressorts Zürich, sowie Hans-Peter Künzi, Redaktor des Regionaljournals Zürich-Schaffhausen von Radio SRF.

Vogt und Jositsch lieferten sich einen Schlagabtausch zur Masseneinwanderungsinitiative und zum Verhältnis der Schweiz zur EU. Überhaupt zeigte sich an dem Abend: Vogt kämpfte im Laufe der Debatte oft alleine gegen alle, indem er etwa den Innovationspark Dübendorf infrage stellte und indem er kategorisch wie keiner den Vorschlag des Ständerats zur Rentenreform als faulen Kompromiss bezeichnete. Vor allem aber in der Debatte über die Asylpolitik, in der Vogt betonte, die Schweiz dürfe sich an einem allfälligen europäischen Quotensystem keinesfalls beteiligen: «Sonst können wir gleich der EU beitreten – und das will ich nicht.»

Die Isolierung macht Vogt zwar gegenwärtig mit Blick auf die täglichen Podien das Leben nicht einfacher, schärft aber durchaus sein Profil. Die Gefahr an seiner Rolle: Möglicherweise wird er es schwer haben, über die Partei-



Während Ruedi Noser «verkabelt» wird, unterhalten sich Daniel Jositsch, Bastien Girod und Martin Bäumle.

GORAN BASIC / NZZ

grenzen hinweg genügend Stimmen zu ergattern.

In der Debatte über die Masseneinwanderungsinitiative strich Vogt hervor, der Volkswille müsse umgesetzt werden. Denkbar sei die Lösung über eine Schutzklausel: «Das kommt zwar nicht aus unserer Küche, wir können den Vorschlag aber unterstützen.» Jositsch bezeichnete die jetzige Unsicherheit als schlecht für die Wirtschaft. Die bilateralen Verträge dürften nicht aufs Spiel gesetzt werden. Türen für eine Lösung könne die Rasa-Initiative bieten, mit welcher der Volksentscheid zur Masseneinwanderungsinitiative aufgehoben werden soll. In einer direkten Demokratie sei es legitim, wenn das Volk die Option erhalte, auch eigene Entscheide zu überdenken. Vogt widersprach, die Rasa-Initiative entspringe dem Geist, die Leute seien am 9. Februar 2014 nicht ganz bei Sinnen gewesen – der Vorstoss störe den jetzigen Prozess und komme einer Zwangerei gleich.

In der Diskussion über die Rentenreform kamen dann vorwiegend die Aussenseiter zum Zug: Barbara Schmid-Federer, Bastien Girod und Maja Ingold. Die Lösung des Ständerats, der das Rentenalter der Frauen auf 65 er-

höhen, den Umwandlungssatz senken und Neurenten um 70 Franken anheben will, löste in dieser Runde keine Euphorie aus, kam aber nicht schlecht weg.

## Schrauben an Rentenvorlage

Dass neu auch Frauen bis 65 arbeiten sollen, halten sowohl Schmid-Federer als auch Ingold für angezeigt. Die Verknüpfung mit der Frage der Lohnungleichheit, die von linker Seite vorgenommen wird, sei falsch. Zwar müsse in diesem Bereich tatsächlich mehr getan werden, betonten beide, keinesfalls dürfe aber die nötige Revision auf diese Weise gefährdet werden. Für Schmid-Federer ist bezüglich des Aufschlags um 70 Franken das letzte Wort noch nicht gesprochen: «Daran muss man noch schrauben.» Allenfalls wäre ihrer Ansicht nach eine Lösung, die Aufbesserung nur Tieflohnbezügern zu gewähren. Girod führte ins Feld, die Sanierungsmassnahmen müssten sozial abgefedert werden; die 70-Franken-Lösung sei ein weiser Entscheid. Noser sieht dies anders: Der Ständerat agiere phantasielos, indem er jedem Neurentner 70 Franken mehr gewähren wolle – «auch den Millionären». Im Nationalrat herr-

sche noch Korrekturbedarf. Jositsch strich hervor, dass ein Kompromiss gefunden werden müsse; ob die 70-Franken-Lösung die beste und ob sie mehrheitsfähig sei, stellte er infrage.

Emotional diskutiert wurde die Asylpolitik. Vogts Extremposition, dass sich die Schweiz keinesfalls an möglichen europäischen Quoten beteiligen dürfe, kam bei allen anderen nicht gut an. Jositsch meinte: «Wir reden hier von Menschen, die unter prekären Umständen flüchten. Dass dies nicht so geordnet abläuft, wie wenn wir eine Ferienreise machen, ist wohl klar.» Bäumle plädierte für Pragmatismus. Sowohl links wie rechts würden realitätsfremde Forderungen gestellt: Die SVP wolle die Grenzen dichtmachen, die Linken drängten auf Aufnahme von 80 000 Flüchtlingen. Die Schweiz müsse sich selbstverständlich an der Aufnahme beteiligen und zudem diplomatische Dienste anbieten, um die Krisen vor Ort zu bekämpfen. In einem Punkt fand Vogt in der Asyldebatte Unterstützung von Noser: Auch der Freisinnige vertrat die Meinung, dass wenn nötig Gelder aus der Entwicklungshilfe in Krisenhilfe für Kriegsgebiete, etwa in Syrien, umgeleitet werden müssten.

## Transparenz und Scheintransparenz bei Wahlkampfbudgets

cn. Der FDP-Ständeratskandidat Ruedi Noser legt seine Wahlkampfspenden offen. Wie er auf seiner Website mitteilt, sind bei ihm – Stand 16. September – Zuwendungen über bisher 346 889 Franken eingegangen. Laut Nosers Angaben wurden 3 Mal 20 000 Franken gespendet, 12 Mal 10 000, 173 Mal weniger als 10 000 Franken und 129 Mal weniger als 1000. Für den ersten Wahlgang hat der FDP-Kandidat ein Budget von 225 000 Franken eingesetzt. Den Rest wolle er für den Nationalratswahlkampf und als Reserve für einen allfälligen zweiten Wahlgang verwenden, schreibt er.

Noser ist nicht der Einzige, der sein Spenden-Portemonnaie in diesem Wahlkampf publikumswirksam öffnet. SP-Ständerat Daniel Jositsch hat sein Budget bereits in einem Gespräch mit der NZZ beziffert. Am Freitag thematisiert er seine Finanzen zudem an einer Medienkonferenz. Laut Jositsch beträgt sein Gesamtbudget 300 000 Franken. Für den ersten Wahlgang rechnet er mit ungefähr 180 000 Franken. In der Summe seien sämtliche Kosten für Plakate, Inserate und Personal enthalten. Die SP

bezahlt an Jositschs Aufwendungen rund 120 000 Franken. Weitere 100 000 Franken steuern der Kaufmännische Verband, eine Selbstregulierungsorganisation zur Geldwäschereibekämpfung, in deren Vorstand er ist, sowie die SP des Bezirks Meilen und Ortssektionen bei. Den Rest finanziert der SP-Kandidat über private Spenden und aus der eigenen Tasche. Die CVP-Ständeratskandidatin Barbara Schmid-Federer gibt an, für den Wahlkampf bisher rund 130 000 Franken generiert zu haben. Der grüne Kandidat Bastien Girod beziffert seine Ausgaben auf 30 000 Franken und die seiner Partei auf 40 000. An Spenden habe er bisher 10 000 Franken eingenommen, sagt er. Sowohl Girod als auch Barbara Schmid-Federer verweisen aber darauf, dass sich die Ausgaben der einzelnen Kandidaten nur schlecht vergleichen lassen: Dies unter anderem, weil die Kandidaten die Angaben über die Wahlkampfausgaben ihrer Parteien oder allfällige Abgaben für Listenplätze nicht gleich handhabten. Tatsächlich geht Ruedi Noser auf seiner Website nicht auf die Ausgaben seiner Partei ein.

Diese bezifferte kürzlich alleine die Aufwendungen für die Nationalratswahlplakate mit den Fussballschuh-Sujets auf 100 000 Franken pro Kandidat.

Tatsächlich lassen sich die Angaben der Kandidaten nur schlecht nachprüfen, und auch die Parteien selbst sind unterschiedlich offener. Die SVP etwa, die zu denen gehört, die im Wahlkampf nicht kleckern, sondern klotzen, pflegt eisern zu schweigen. Sowohl der Parteisekretär der SVP, Reinhard Wegelin, als auch der Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt wollten keine Zahlen nennen. Der GLP-Kandidat Martin Bäumle wiederum wird einen Teil seiner Ausgaben in der TV-Sendung «Rundschau» offenlegen, muss sich aber an eine Sperrfrist halten. Gleichzeitig hält er fest, dass er grundsätzlich für offene Karten sei; Bedingung sei aber, dass sich alle Parteien an dieselben Transparenzregeln hielten. Dies aber sei nicht der Fall: Was Ruedi Noser mache, sei «Scheintransparenz», um unabhängig dazustehen. Dabei gehöre gerade die FDP in finanzieller Hinsicht zu den zugeknöpftesten Parteien.

## Abfall bringen – und wieder holen

Gemeinderat für Recycling-Idee

ak. In den Recyclinghöfen Hagenholz und Werdhölzli in der Stadt Zürich sollen künftig Haushaltsgegenstände nicht nur abgegeben werden können. Wer Interesse hat an einem entsorgten, aber noch funktionierenden Gerät, soll dieses auch legal mitnehmen können. Diese Idee haben die beiden SP-Gemeinderäte Petek Altinay und Nicolas Esseiva mit einem Postulat lanciert. Ähnliche Einrichtungen gibt es in Deutschland bereits. In manchen Recyclinghöfen betreiben dort caritative Organisationen eigentliche Tauschbörsen für noch brauchbaren «Abfall», Geräte oder Möbel. Eine Zusammenarbeit mit solchen Organisationen können sich die Postulanten auch für Zürich vorstellen.

## Nicht nach Staat rufen

Nicolas Esseiva fand, man könne mit der Sache einen Beitrag gegen die Wegwerfmentalität leisten. Ein Besuch im Recyclinghof Hagenholz habe ihm kürzlich gezeigt, dass Unmengen von Haushaltsgegenständen entsorgt würden, die noch brauchbar wären. Sie mitzunehmen, ist illegal und nur möglich, wenn einer der Mitarbeiter für einmal ein Auge zudrückt.

FDP und SVP stellten sich gegen den Vorschlag. Einmal mehr solle der Staat Probleme lösen, die gar keine seien, sagte etwa Marc Bourgeois (fdp.). Solches Recycling könne man ruhig Privaten überlassen, zum Beispiel den vielen Brockenhäusern – oder dann selber etwas organisieren in den Quartiervereinen. Einige Angebote, die es bereits gibt, wurden auch erwähnt, etwa die Bring- und Holtag in Hottingen. Eine Mehrheit des Rats stellte sich schliesslich aber hinter die Idee und überwies das Postulat mit 63 zu 52 Stimmen an den Stadtrat zur Prüfung.

## Tausch nicht im Quartier

Keine Gnade fand hingegen ein ähnliches Postulat, das angeregt hatte, in den Quartieren geeignete Standorte zu bestimmen, wo die Leute Haushaltsgegenstände abstellen könnten – damit sie von andern abgeholt werden können. In einzelnen Quartieren werde das bereits gemacht, auch wenn es illegal sei, wurde gesagt. Manche befürchteten allerdings, dass dieses System zur illegalen Entsorgung von Abfall missbraucht würde. Und schliesslich brauche es wieder Personal, um die liegengelassenen Geräte oder Möbel zu entsorgen. Mit 66 zu 49 Stimmen sagte der Rat schliesslich Nein zu dieser Variante der «Stöber-ecken» im Quartier.

## AUS DER SITZUNG DES ZÜRCHER GEMEINDERATS

**Ja zu Geschäftsbericht.** Rund eine Stunde lang diskutiert der Gemeinderat über Einzelheiten des stadt-rätlichen Geschäftsberichts. Grundsätzlich wird moniert, dass noch zu oft kritische Punkte ausgeblendet werden. Dennoch sagt der Rat mit 96 zu 21 Ja. Einzig die SVP verweigert dem Stadtrat die Zustimmung.

**Velos auf Bahnhofsdach.** Als rasche und billige Lösung für die Probleme mit den vielen Velos am Bahnhof Stadelhofen werden Abstellplätze auf den Perrondächern vorgeschlagen. Das Postulat von Edi Guggenheim (al.) und Marc Bourgeois (fdp.) wird überwiesen. Vermutlich braucht es aber dennoch die zusätzliche Abstellanlage, der das «Mandarin»-Haus zum Opfer fallen wird.

**Baustellen koordinieren.** Diesen Sommer sind an vielen zentralen Plätzen die Strassen saniert worden. Diese Arbeiten sollen künftig noch besser aufeinander abgestimmt werden (inklusive Ersatzbussen und Fahrplanänderungen). Das FDP-Postulat wird ganz knapp an den Stadtrat überwiesen. ak.